

## Beschluss des Hauptausschusses am 23. November 2024

### Fortsetzung des Integrationsbudgets in Brandenburg

#### Der Hauptausschuss des Landesjugendring Brandenburg e.V. fasst folgenden Beschluss:


1. Die Hauptausschusssitzung des Landesjugendrings fordert die Landesregierung von Brandenburg sowie die Parteien, die in die Koalitionsverhandlungen eintreten, nachdrücklich auf, sich für die Fortsetzung des Integrationsbudgets im kommenden Jahr und darüber hinaus einzusetzen.
2. Der Landesjugendring Brandenburg e.V. wird beauftragt, sich in den Gesprächen mit der Landesregierung und den Koalitionsparteien für eine nachhaltige Finanzierung des Integrationsbudgets stark zu machen und in den Verhandlungen entsprechende politische Initiativen zu ergreifen.

#### Begründung:

Das Integrationsbudget des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV) hat sich in den vergangenen Jahren als ein wesentlicher Bestandteil der Integrationsarbeit in Brandenburg erwiesen. Brandenburgweit kofinanziert das Budget auf Kreisebene eine Vielzahl von Projekten und Beratungsangeboten, die Menschen mit Migrationshintergrund und geflüchtete Personen in ihrem Alltag unterstützen und sie in die gesellschaftlichen und sozialen Prozesse integrieren.

Mit dem Ende des Haushaltsjahres 2024 läuft die Förderung des Integrationsbudgets aus. Dies stellt für viele Akteur\*innen im Bereich der Jugend- und Integrationsarbeit eine erhebliche Unsicherheit dar und wird letztendlich zur Abwicklung vieler Projekte und Schließung von Stellen, die bislang mit Mitteln aus dem Integrationsbudget gefördert wurden, führen.

Durch die Förderung aus dem Integrationsbudget werden nicht nur Synergien zwischen haupt- und ehrenamtlichen Akteur\*innen der Migrationsarbeit gebündelt, sondern es wird auch ein starkes, kreisweites Netzwerk etabliert. In vielen Regionen – auch in strukturschwachen und ländlichen Gebieten – sind es gerade diese Netzwerke, die für eine funktionierende Integrationsarbeit unerlässlich sind. Beispiele sind der Landkreis Märkisch-Oderland (MOL), wo durch den Eigenanteil des Landkreises in Kombination mit dem Integrationsbudget das „Netzwerk für Toleranz und Integration des KKJR MOL“ (mit einer Personalstelle) oder im



Landkreis Oberhavel verschiedene Willkommensinitiativen aufgebaut wurden. Beides sind gute Beispiele für geschaffene Angebote, die nicht nur kurzfristige Hilfe leisten, sondern mit denen langfristig zivilgesellschaftliche Akteur\*innen vernetzt sowie Projekte initiiert oder aus der Zivilgesellschaft heraus gefördert werden.

Mehr denn je stellt die Förderung der Migrationsarbeit in einem politisch unsicheren Umfeld eine große Herausforderung dar. Der gesellschaftliche Frieden – besonders in ländlichen Regionen – ist zunehmend gefährdet, und die Unsicherheit über die Zukunftsperspektiven der Integrationsarbeit wächst. Fachkräfte in der sozialen Arbeit und Integrationsarbeit sind sich einig, dass das Integrationsbudget eine stabilisierende Funktion in dieser unsicheren Lage übernimmt. Es ermöglicht eine kontinuierliche, fachliche Begleitung von Integrationsprozessen und gibt Migrant\*innen sowie Geflüchteten einen sicheren Rahmen, um sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen, zu empowern und an gesellschaftlichen Prozessen teilzuhaben.

Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass der Landesjugendring sich in den Koalitionsverhandlungen und den kommenden Gesprächen mit der Landesregierung für eine Fortsetzung dieses wichtigen Förderprogramms einsetzt. Die Finanzierung der Integration muss langfristig gesichert werden, um die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre fortzusetzen.

#### **Weitere Forderungen:**

- Eine langfristige Perspektive für die Finanzierung des Integrationsbudgets jenseits von Jahr-für-Jahr-Förderungen.
- Eine Ausweitung der Zielgruppen und der Fördermöglichkeiten, um auch kleinere Initiativen und Projekte, die in ländlichen Regionen oder in strukturschwachen Gebieten tätig sind, zu unterstützen.
- Eine stärkere Beteiligung von Jugendverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen an der Gestaltung und Umsetzung von Integrationsmaßnahmen.